

**Antrag 121/I/2020****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Für einen lösungsorientierten Umgang mit Drogenkonsum in Berlin**

1 In Berlin haben die Sichtbarkeit des Handels mit und der  
2 Konsum von illegalen Drogen in den vergangenen Jahren  
3 spürbar zugenommen. Die Beschaffungskriminalität und  
4 der Drogenhandel auf der einen Seite und die Spritzenfun-  
5 de in Grünflächen und auf Spielplätzen auf der anderen  
6 Seite stellen für das Land, die Bezirke und die Polizei ein  
7 wachsendes Problem dar. Für uns als Sozialdemokratinnen  
8 und Sozialdemokraten ist es wichtig, diese Situation zu  
9 verändern und Lösungen zu entwickeln, ohne dabei Men-  
10 schen mit einer Suchtabhängigkeit noch weiter ins gesell-  
11 schaftliche Abseits zu stellen oder sie zu kriminalisieren.  
12 Wir wissen, dass eine Lösung nur langfristig erfolgen kann  
13 und ein konzertiertes Denken in Verantwortung aller be-  
14 troffenen Behörden im Land Berlin notwendig ist. Gleich-  
15 zeitig wollen wir alles dafür tun, dass Bürgerinnen und  
16 Bürgern alle Bereiche des öffentlichen Raums möglichst  
17 ohne Einschränkungen nutzen können. Das Sicherheits-  
18 gefühl der Bürgerinnen und Bürger darf nicht gegen die  
19 individuelle Situation von Suchtmittelabhängigen ausge-  
20 spielt werden. Vielmehr können Lösungen nur funktionie-  
21 ren, wenn sie beide Aspekte – ein befriedeter öffentlicher  
22 Raum für alle und wirksame Hilfen für Konsumierende –  
23 in den Blick nehmen. Wir folgen dabei dem Leitsatz: Jede  
24 Bürgerin und jeder Bürger hat ein Recht auf den öffentli-  
25 chen Raum.

26

27 Dazu schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

28

- 29 1. Wir fordern die Übertragung der landesweiten  
30 Sucht- und Drogenkoordination in Abstimmung mit  
31 den Bezirken an eine zentrale Stelle an. Hierzu zählt  
32 die Erarbeitung und Durchführung eines landeswei-  
33 ten Konzepts, das sowohl die Sozialarbeit als auch  
34 den Umgang mit Nutzungskonflikten im öffentli-  
35 chen Raum fokussiert und damit eine Bündelung  
36 von Informationen und Handlungsbedarfen aus Zi-  
37 vilgesellschaft, Ermittlungsbehörden und Hilfesys-  
38 temen darstellt.
- 39 2. Wir wollen eine Ausweitung der Öffnungszeiten der  
40 Konsumeinrichtungen, da Sucht nicht um 18:00 Uhr  
41 endet. Deshalb müssen dringend Konsummöglich-  
42 keiten auch in den Abendstunden bis in die Nacht  
43 hinein geschaffen werden.
- 44 3. Wir wollen suchtmittelabhängige Menschen noch  
45 stärker als bisher in das soziale und medizinische  
46 Netzwerk des Bezirks und der Stadt integrieren. Die  
47 bestehende soziale Infrastruktur ist, etwa im Be-  
48 reich der Unterbringung, nicht auf die spezifische

- 49 Klientel der suchtmittelabhängigen Wohnungslo-  
50 sen eingestellt. Deshalb soll der Senat ein entspre-  
51 chendes Konzept und Piloteinrichtungen in Zusam-  
52 menarbeit mit den Bezirken initiieren.
- 53 4. Wir wollen die aufsuchende Sozialarbeit stärken,  
54 um mehr Konsumierende zu erreichen, sie auf Ein-  
55 richtungen aufmerksam zu machen und auf diesem  
56 Weg auch Unterstützung beim Umgang mit ihrer  
57 Sucht anbieten zu können. Die Unterstützung von  
58 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern durch ent-  
59 sprechende Sprachkompetenzen (z.B. durch Sprach-  
60 mittler) wollen wir ebenfalls fördern. Zudem wol-  
61 len wir prüfen, inwieweit weitere Zugangshürden,  
62 wie die Registrierung zur Nutzung von Drogenkon-  
63 sumreinrichtungen, abgebaut werden können.
- 64 5. Wir wollen, dass langfristig Drogenkonsumierenden  
65 geholfen wird. Dazu gehört der Ausbau der anerken-  
66 nenden Drogenarbeit, etwa durch eine Ausweitung  
67 des Projektes Patrida, wie sie bereits von der Landes-  
68 drogenbeauftragten unterstützt wird. Wir erwar-  
69 ten von den zuständigen Senatsverwaltungen und  
70 den Krankenkassen die Erarbeitung von Lösungsvor-  
71 schlägen, um mehr Menschen aus der Sucht den  
72 Weg in langfristig begleitete Therapieangebote –  
73 von Substitution bis hin zur Integration in den Ar-  
74beitsmarkt – zu ermöglichen. Dazu fordern wir, dass  
75 auch Menschen ohne Krankenversicherung der Zu-  
76 gang zu Therapieangeboten ermöglicht wird.
- 77